

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 56. Ratssitzung vom 1. Juli 2015

1104. 2015/105

Postulat von Petek Altinay (SP) und Matthias Probst (Grüne) vom 08.04.2015: Strassenkunst in der Stadt, Liberalisierung der Praxis

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Petek Altinay (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 865/2015): Es wurde bereits vorher auf den Punkt gebracht. Die ganze Angelegenheit muss als Konzept und nicht einzeln angeschaut werden. Man muss schauen, welche Plätze geeignet sind. Ich bin überzeugt, dass wir in der Stadt viele talentierte Leute haben. Es braucht eine Plattform ausserhalb des Seebeckens. Es gab bereits früher Versuche, die scheiterten. Zürich fehlen Strassenkünstler. Dieses Verbot ist nicht nachvollziehbar. Zürich macht viel für kostenpflichtige, institutionalisierte Kunst. Wir bilden die Leute aus, die anschliessend in eine andere Stadt ziehen. Zürich ist eine grosse Stadt und in den meisten grossen Städten ist Strassenkunst möglich. Im Urlaub freuen wir uns über derartige künstlerische Darbietungen. Der Stadtrat soll überprüfen, was möglich ist.*

***Mauro Tuena (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. Mai 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Wir empfehlen dieses Postulat zur Ablehnung. Bei Strassencafés sind die SP, die Grünen und die AL gegen eine Liberalisierung. Man ist nicht bereit, für diejenigen Leute, die Steuern zahlen und etwas für die Wirtschaft tun, eine Liberalisierung durchzuführen. Wenn es darum geht, der eigenen Klientel etwas zu bieten, dann soll liberalisiert werden. Bei einer solchen Liberalisierung muss den Leuten, die von diesem Lärm belästigt werden, erklärt werden, warum die Liberalisierung notwendig gewesen sein soll. Bei Liberalisierungen wurde von den Linken in der entsprechenden Kommission nicht mitgemacht.*

Weitere Wortmeldungen:

***Matthias Probst (Grüne):** Wir wurden mit dieser Petition missverstanden. Wir haben innerhalb von 15 Tagen Unterschriften gesammelt. Wir haben Musik gemacht und alle vorbeigehenden Passanten gefragt, ob sie für eine Liberalisierung sind. 99 % der Passanten sprachen sich für eine Liberalisierung aus und unterschrieben die Petition. Es handelt sich um mehrere Stichproben. Die Bevölkerung verstand nicht, weshalb die Konzerte illegal sind. Wir haben 2007 versucht, den Zustand mit einer Motion zu ändern. Darin wollten wir Strassenmusik legalisieren und Gebiete definieren, in denen Strassenmusik illegal ist. Wir wollten damals auch die erlaubte Zeit verlängern. Damals waren wir mit dieser Motion einsam. Mittlerweile fand offenbar ein Stimmungswechsel statt. Das Verbot von Strassenkunst in der Stadt ist noch nicht so alt. Ungefähr 1991 wurde dieses Verbot umgesetzt. Es gab weder eine Abstimmung noch eine Debatte im Parlament. Wir wollen diesen Entscheid demokratisieren. Deshalb ist eine Gesamtschau*



2 / 2

wichtig. Kunst ist da, wo Personen sind. Die Leute werden dort spielen, wo sich Menschen aufhalten. In ruhigen Quartieren wird es nicht lauter werden. Musik wird nur in belebten Quartieren gespielt. Es geht nicht um eine Überregulierung, sondern um eine Liberalisierung. Wir wollen die Stadt als Kulturstadt leben.

Roger Tognella (FDP): *Ich glaube nicht, dass sich die Angelegenheit 1991 so abgepielt hatte. Die FDP steht als liberale Partei für eine Liberalisierung. Wir fordern keine Verordnung, uns reicht auch ein Bericht. Dieser Vorstoss macht den vorhergehenden Vorstoss obsolet.*

Das Postulat wird mit 79 gegen 37 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat